

18.03.2014

Niederschrift

Kreistag

am 25.02.2014 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Heike Brossat

Frau Christel Ciecior

Frau Brigitte Cziehso

Frau Dipl. Ing. Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Rolf Erdmann

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Wolfgang Kerak

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Bärbel Schmidt

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Herr Walter Teumert

Frau Brunhilde Weinhold

Herr Rüdiger Weiß

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wolfgang Barrenbrügge

Herr Michael Blandowski

Herr Günter Bremerich

Frau Marlies Deppe

Herr Michael Dobrowolski

anwesend bis 15.45 Uhr

Herr Peter Dörner

Herr Jörg-Uwe Ebner

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Frau Martina Plath

Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Gudrun Bürhaus

Herr Herbert Goldmann

Frau Andrea Hosang

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Frau Anke Schneider

Frau Barbara Streich

Frau Gabriele Wentzek

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Frau Heike Schaumann

Herr Sigurd Senkel

Herr Andreas Wette

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Frau Jana Müller-Simdorn

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Herr Rudolf Mroncz

Herr Helmut Rosenkranz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

anwesend ab 15.25 Uhr

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sabine Leiße, Leiterin Planung und Mobilität

Herr Torsten Göpfert, Leiter Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Makiolla teilt mit, dass Herr Albert schwer erkrankt sei und er ihm mit Einverständnis des Kreistages Genesungswünsche übersenden werde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Rudolf Mroncz als neues Kreistagsmitglied verpflichtet.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um einen neuen Punkt 3: „Finanzielle Entlastung der Kommunen schnell umsetzen; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. vom 24.02.2014“ erweitert. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 023/14 | Finanzielle Entlastung der Kommunen schnell umsetzen;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und DIE LINKE. vom 24.02.2014 |
| Punkt 4 | 018/14 | Ersatzwahlen |
| Punkt 5 | | Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen |
| Punkt 5.1 | 004/14 | Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.01.2014 |
| Punkt 5.2 | 007/14/1 | Stellungnahme des Kreises Unna |
| Punkt 5.3 | 027/14 | Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2014 zur DS 007/14 |
| Punkt 6 | | FahrradBus |
| Punkt 6.1 | 012/14 | Konzept für 2014 und 2015 ff. |
| Punkt 6.2 | 021/14 | Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2014 zur DS 012/14 |
| Punkt 6.3 | 028/14 | Antrag der FDP-Fraktion vom 19.02.2014 zur DS 012/14 |
| Punkt 7 | 008/14 | Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2013 / 2014 |
| Punkt 8 | 165/13 | Übertragung des Ausgleichsflächenmanagements der Kreisstadt Unna auf den
Kreis Unna |
| Punkt 9 | 010/14 | Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 17 Abs. 2 Korruptionsbe-
kämpfungsgesetz NRW |

dem die Hauptverwaltungsbeamten des Ruhrgebiets bei einem Treffen im Januar bereits über die Thematik diskutiert hätten.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, sich im Vorfeld der Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes dafür einzusetzen, dass die folgende Festlegung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages umgesetzt wird:

„[...] die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden und bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr begonnen wird.“

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 018/14 Ersatzwahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist ergänzend zu dem Beschlussvorschlag der Drucksache darauf hin, dass die CDU-Fraktion als stellvertretendes Mitglied für den Wahlausschuss Herrn Wilfried Feldmann vorschläge.

Beschluss

Folgende Ersatzwahlen werden vorgenommen:

Gremium	Art der Mitarbeit	bisher	neu
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie	Ordentliches Mitglied	Dr. Matthias Laarmann	Rudolf Mroncz
Ausschuss für Kultur und Partnerschaften	Stellvertretendes Mitglied	Dr. Matthias Laarmann	Annette Aprill-Manns (sachkundige Bürgerin)
Bau- und Technikausschuss	Ordentliches Mitglied	Hans Laarmann (sachkundiger Bürger)	Helmut Rosenkranz
	Stellvertretendes Mitglied	Rudolf Mroncz (sachkundiger Bürger)	Rudolf Mroncz
Natur- und Umweltausschuss	Ordentliches Mitglied	Dr. Matthias Laarmann	Helmut Rosenkranz
	Stellvertretendes Mitglied	Hans Laarmann	Rudolf Mroncz
Schulausschuss	Stellvertretendes Mitglied	Dr. Matthias Laarmann	Helmut Rosenkranz
Kommission „Kreis Unna im Wandel“	Ordentliches Mitglied	Dr. Matthias Laarmann	Helmut Rosenkranz
	Stellvertretendes Mitglied	Helmut Rosenkranz	Rudolf Mroncz
Wahlausschuss	Ordentliches Mitglied	Wilhelm Jasperneite	Claudia Gebhard
	Stellvertretendes Mitglied	Martina Plath	Wilfried Feldmann

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass sich die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 004/14, mit der Stellungnahme des Kreises zum Landesentwicklungsplan (LEP) erledigt habe.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion im Ausschuss für Planung und Verkehr habe er der Stellungnahme die Passagen des Nachhaltigkeitsberichts zum Thema „Fläche und Klima“ beigefügt. Die entsprechende Ergänzungsdrucksache 007/14/1 ersetze die Drucksache 007/14.

Im Kreisausschuss habe man sich auf die getrennte Abstimmung der zwei Punkte des vorliegenden CDU-Antrags verständigt.

Herr Jasperneite begründet ausführlich den Antrag der CDU-Fraktion. Wesentlich sei, dass die ländlich geprägten, gewachsenen Bereiche des Kreises bei der Landesentwicklungsplanung berücksichtigt und dauerhaft bewohnbar gehalten würden. Dies wolle seine Fraktion mit dem Änderungsantrag unterstreichen.

Der Metropolbereich Rhein-Ruhr umfasse das Gebiet von Bad Neuenahr bis Hamm und sei damit aus Sicht seiner Fraktion zu groß gewählt. Akzeptabel sei hingegen, sich auf den Bereich des RVR zu konzentrieren, wie im Antrag dargestellt.

Die CDU-Fraktion sei mit einer getrennten Abstimmung der beiden im Antrag aufgeführten Punkte einverstanden.

Zur Drucksache 007/14/1 führt Herr Jasperneite aus, die CDU-Fraktion habe seinerzeit den Nachhaltigkeitsbericht aus verschiedenen Erwägungen abgelehnt und werde die Einbringung der Passagen des Berichts in die Stellungnahme des Kreises nun ebenfalls ablehnen. Er beantrage daher, die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Frau Cziehso erklärt, die SPD-Fraktion teile die in der Stellungnahme des Kreises verdeutlichte Auffassung, dass nicht ganz Nordrhein-Westfalen als Metropolregion ausgewiesen werden könne. Jedoch wolle ihre Fraktion an der Definition der Metropolregion Rhein-Ruhr festhalten, da diese in der europäischen Wahrnehmung stärker zur Geltung komme als die einzelnen Regionen bei einer weiteren Unterteilung. Die SPD-Fraktion werde den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in diesem Punkt ablehnen.

Der Entwurf des LEP sage nicht, dass die dörflichen Strukturen im Außenbereich nicht im Bestand gesichert, sondern lediglich, dass sie wegen der fehlenden Infrastruktur siedlungstechnisch nicht weiter entwickelt werden sollten. Diese Zielsetzung teile die SPD-Fraktion. Es sei aber sinnvoll, die Bestandsberechtigung der dörflichen Strukturen, wie von der CDU vorgeschlagen, zu unterstreichen. In diesem Punkt werde die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass der Nachhaltigkeitsbericht sehr gut zu der Stellungnahme der Verwaltung passe und werde dem Änderungsvorschlag des Landrates daher zustimmen.

Herr Goldmann lobt ausdrücklich die von der Verwaltung erarbeitete detaillierte Stellungnahme, die sich sehr qualifiziert mit der hoch komplexen Materie auseinandersetze. Wegen der Komplexität der vielen verschiedenen Handlungs- und Themenfelder sei es ausgesprochen schwierig, dezidiert in die einzelnen Fragestellungen zu gehen. Daher halte er es auch nicht für richtig, einzelne redaktionelle Änderungen vorzunehmen bzw. die Stellungnahme in Detailpunkten zu hinterfragen und befürworte den vorgeschlagenen Verfahrens-

weg der Kenntnisnahme. Die Ergänzung der Stellungnahme um die Passagen des Nachhaltigkeitsberichts finde die ausdrückliche Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Seine Fraktion werde sich zu beiden Punkten des CDU-Antrags enthalten. Mit Blick auf den bis 2030 erwarteten Bevölkerungsrückgang in Nordrhein-Westfalen und die dadurch bedingten, schwer prognostizierbaren Veränderungen in den einzelnen ländlichen Regionen halte er es für problematisch, hierzu eine Aussage zu treffen, ohne dass diese einer dezidierten, fachlich qualifizierten Bewertung unterworfen sei. Die Formulierung im LEP-Entwurf gebe aus Sicht seiner Fraktion auch keinen Anlass zu den Befürchtungen, die die CDU-Fraktion in ihrem Antrag formuliert habe.

Herr Klostermann führt aus, aus Sicht der FDP-Fraktion beinhalte die vorgelegte Stellungnahme alles Wesentliche, so dass es des CDU-Antrags nicht bedürfe. Er sehe keinen Sinn darin, die inzwischen als Größenordnung etablierte Rhein-Ruhr-Region jetzt wieder zu unterteilen. Hinsichtlich der dörflichen Gebiete befürworte die FDP-Fraktion zwar den Bestandsschutz. Jedoch könnten bestimmte infrastrukturelle Maßnahmen nicht mehr in allen kleineren Gebieten vorgehalten werden. Entsprechende Diskussionen würden auch bereits in Bezug auf die Nahverkehrsanbindung und auf Freizeiteinrichtungen geführt. Insofern mache der CDU-Antrag auch zu diesem Punkt keinen Sinn. Die FDP-Fraktion werde ihn daher in beiden Punkten ablehnen.

Nachfolgend wird zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über die Drucksache 007/14/1 abgestimmt.

Punkt 5.3 027/14 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2014 zur DS 007/14

Erörterung

siehe Punkt 5

Beschluss

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen in der Stellungnahme des Kreises Unna zur Neuaufstellung des Entwurfes zum neuen Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen werden beschlossen:

1. zu 5) Regionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit

streiche:

(...) und trug damit der engen Verflechtung und Arbeitsteilung zwischen den Kommunen im Rhein-Ruhr-Raum entsprechend Rechnung.

Insoweit sollte die bisherige Regelung, nur die Rhein-Ruhr-Schiene als Metropolregion zu begreifen, wieder im LEP-NRW ihren Niederschlag finden.

setze:

Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftshistorischen und räumlichen Strukturen wird die Ausweisung einer Metropolregion Rheinland und einer Metropolregion Ruhr als sinnvoll erachtet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (16 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, 35 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und DIE LINKE. sowie des Landrates, 11 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL-Gruppe)

2. zu 6) Siedlungsraum

ergänze (Seite 7 zweiter Absatz):

Der Kreis Unna legt Wert auf die nachhaltige Sicherung der historisch gewachsenen, dörflichen Strukturen im Außenbereich. Vor diesem Hintergrund werden die unter 6.2-3 getätigten Aussagen zur Entwicklung untergeordneter Ortsteile (>2000 Einwohner) im Sinne einer aktiven, integrierten Dorfentwicklung ausdrücklich begrüßt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU sowie des Landrates, 6 Nein-Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE., 11 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FWG- und GFL-Gruppe)

Punkt 5.2 007/14/1 Stellungnahme des Kreises Unna

Erörterung

siehe Punkt 5

Der Kreistag erklärt sich einvernehmlich mit der von der CDU-Fraktion beantragten getrennten Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags einverstanden.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme des Kreises Unna zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen in der durch den beschlossenen Teil des CDU-Antrags geänderten Form der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen der GFL-Gruppe)

Der Landrat wird beauftragt, die entsprechenden Passagen des Nachhaltigkeitsberichts Kreis Unna (Fläche, Klima) der Stellungnahme als Anlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (46 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., der FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates, 16 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion)

Punkt 6 FahrradBus

Erörterung

Herr Hebebrand erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag des Landrates zustimmen. 2012 sei beschlossen worden, den FahrradBus mit einer fünfjährigen Probephase laufen zu lassen und nach zwei Jahren eine Zwischenbilanz zu ziehen. Diese zeige nun einen erheblichen Rückgang der Nutzerzahlen besonders im letzten Jahr; die genauen Gründe dafür seien unklar. Deshalb halte seine Fraktion die geplante geringfügige Veränderung der Linienführung und die Potenzialanalyse, um die Gründe für die schlechten Nutzerzahlen zu erheben, für den richtigen Weg. Die Analyse sollte durch den ADFC und den Verkehrsclub

Deutschland begleitet werden, damit auch das dort vorhandene Fachwissen in die Erhebung einfließen könne.

Der FahrradBus sei überdies bedeutsam als Baustein des Konzepts „Fahrradfreundlicher Kreis“.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass der FahrradBus bereits seit 2009 fahre. Somit lägen durchaus Erkenntnisse vor, was man in den letzten fünf Jahren hätte anders machen können, damit sich das Projekt einigermaßen trage. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollten die 35.000 Euro für den FahrradBus eingespart werden, da der Bedarf für das Angebot bei den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis offensichtlich nicht gegeben sei. Zudem halte die CDU-Fraktion das Gesamtkonzept grundsätzlich für falsch. So würden Touristen aus dem Kreis Unna beispielsweise nach Nordkirchen transportiert und so Tourismusförderung für den Kreis Coesfeld betrieben. Zudem könnte der Rückgang der Nutzerzahlen auch darauf zurückzuführen sein, dass immer dieselben Gebiete angefahren würden.

Die zwischendurch erfolgten kleineren Nachbesserungsversuche seien nicht erfolgreich gewesen, so Herr Jasperneite weiter. Nach Meinung der CDU-Fraktion könne sich der Kreis den FahrradBus auf Dauer nicht leisten. Daher plädiere er für die Einstellung des FahrradBusses in seiner jetzigen Form. Er glaube aber, dass eine modifizierte Fortführung des Projekts durch andere Betreiber möglich sei, wenn man diesen die vorhandenen Anhänger zur Verfügung stelle. Dann seien attraktivere Streckenangebote auch über den Kreis Unna hinaus möglich, die die öffentliche Hand nicht anbieten könne.

Frau Cziehso bekräftigt, die SPD-Fraktion wolle an der beschlossenen Erprobungsphase von fünf Jahren festhalten und danach entscheiden, ob und wie es weitergehen könne. In diesem Jahr sollte man sich jetzt eine Atempause nehmen und schauen, was verbessert werden könne. Dabei sei auch eine andere Linienführung nicht ausgeschlossen.

Wert lege sie auf die Klarstellung, dass der FahrradBus nicht aus dem Kreishaushalt, sondern aus Mitteln der ÖPNV-Pauschale betrieben werde. Diese seien genau dafür gedacht, Verknüpfungen von Verkehrsträgern mit dem ÖPNV sicherzustellen und zu fördern.

Frau Schneider führt aus, wesentlich sei, dass ein Konzept entwickelt werde, das ab 2015 funktioniere. Dafür sollte aber kein zusätzliches Geld in die Hand genommen werden. Vor diesem Hintergrund werde ihre Fraktion den Vorschlag der Verwaltung mittragen, auch wenn sie grundsätzlich die Variante 1, bei der Haus Opherdicke nicht abgebunden würde, noch stärker favorisiere. Ziel müsse aber sein, Haus Opherdicke als wichtige Kultureinrichtung des Kreises künftig wieder in das Konzept einzubinden.

Herr Klostermann erklärt, die FDP-Fraktion habe dem FahrradBus-Projekt seit seinem Beginn 2009 sehr kritisch gegenübergestanden. Man habe die fünfjährige Testphase mitgetragen und wolle diese nun auch zu Ende bringen, um dann eine Entscheidung zu treffen. Wenn sich die Zahlen nicht gravierend änderten, werde die FDP wohl zu gegebener Zeit für die Einstellung votieren.

Für die notwendige Überarbeitung des Konzeptes bedürfe es nicht der Begleitung eines externen Gutachters. Das Geld wolle seine Fraktion nicht aufwenden, auch wenn es aus der ÖPNV-Pauschale stamme.

Daher werde die FDP-Fraktion sowohl den Antrag der CDU-Fraktion als auch den Beschlussvorschlag des Landrates ablehnen und abwarten, ob der FDP-Antrag noch zur Abstimmung komme.

Herr Stalz fordert für die Gruppe der Freien Wähler die schnellstmögliche drastische Reduzierung der hohen Kosten pro Radbewegung. Hierzu könnte die geplante Reduzierung des Ansatzes für den Fahrbetrieb und die Vermarktung auf 15.000 Euro beitragen. Diese Entwicklung würde die FWG gern abwarten.

Die Stellungnahmen der ADFC und des Verkehrsclubs Deutschland gäben sinnvolle Anregungen für Veränderungen und die bessere Vermarktung des Konzepts. Bedauerlicherweise seien die Verbände zu spät in das Verfahren eingebunden worden.

Ein Gutachten halte die FWG für überflüssig. Die Verwaltung sollte vielmehr unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der letzten Jahre, der Stellungnahmen der Verbände und der in der Diskussion vorgebrachten Anregungen selbst eine Lösung entwickeln, wie das Projekt erfolgreicher gestaltet werden könne.

Herr Sell führt aus, die Fraktion DIE LINKE. habe ursprünglich die gleiche Auffassung vertreten wie die CDU-Fraktion. Der inzwischen vorliegende Antrag der FDP-Fraktion treffe aber noch eher die Meinung seiner Fraktion, daher werde man sich diesem anschließen. Es sei nicht neu, dass eine Gebietskörperschaft Maßnahmen des ÖPNV subventionieren müsse. Seine Fraktion hätte sich eine solche Subvention aber auch anstelle der maßlosen Erhöhung des Preises für das Sozialticket gewünscht.

Die Fraktion DIE LINKE. werde den CDU-Antrag und den Beschlussvorschlag des Landrates ablehnen und dem FDP-Antrag zustimmen, wenn er noch zur Abstimmung komme.

Nachfolgend wird zunächst über den CDU-Antrag und anschließend über die Drucksache 012/14 abgestimmt.

Punkt 6.2 021/14 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2014 zur DS 012/14

Erörterung

siehe Punkt 6

Beschluss

1. Die sofortige Beendigung des Projekts "FahrradBus" wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, Gespräche mit den ehrenamtlich organisierten Interessengruppen über eine modifizierte Fortführung des Projektes aufzunehmen.
3. Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, Verhandlungen mit der VKU zu führen, mit dem Ziel, eine unentgeltliche Überlassung der Fahrradbusanhänger an die oben genannten Interessengruppen zu erreichen.
4. Die Ergebnisse der Gespräche werden dem Ausschuss für Planung und Verkehr sowie dem Kreis Ausschuss und Kreistag zeitnah vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (16 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, 46 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., der FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates)

Punkt 6.1 012/14 Konzept für 2014 und 2015 ff.

Erörterung

siehe Punkt 6

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt,

1. die VKU mit dem Einsatz des FahrradBusses im Jahre 2014 nach den Kriterien des Szenarios 3 zu beauftragen,

2. im Jahre 2014 das Projekt von einem touristischen Gutachterbüro begleiten zu lassen, um Mängel und Schwachstellen aufzudecken und den Einsatz ab 2015 fundiert vorzubereiten und
3. in der letzten Ausschusssitzung 2014 ein Konzept für 2015 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (39 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der GFL-Gruppe sowie des Landrates, 23 Nein Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, DIE LINKE. und der FWG-Gruppe)

Punkt 6.3 028/14 Antrag der FDP-Fraktion vom 19.02.2014 zur DS 012/14

Erörterung

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass sich die Abstimmung über den Antrag durch den Beschluss der Drucksache 012/14 erledigt habe.

Punkt 7 008/14 Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2013 / 2014

Erörterung

Die Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2013/2014 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 165/13 Übertragung des Ausgleichsflächenmanagements der Kreisstadt Unna auf den Kreis Unna

Beschluss

Der Landrat wird mit dem Abschluss der in der Anlage zur Drucksache 165/13 beigefügten „Vereinbarung zum Management von Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Kreisstadt Unna und dem Kreis Unna“ auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit beauftragt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 010/14 Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Die Aufstellung über die Nebentätigkeiten des Landrates sowie die entsprechenden Vergütungen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Jahresabschluss 2013 und Entwicklung der Kosten der Unterkunft

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk nimmt Bezug auf seinen Bericht im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 12.02.2014 und teilt mit, dass der Jahresabschluss voraussichtlich bis Ende März fertiggestellt sein werde. Nach derzeitigem Stand werde das Defizit geringer ausfallen als mit -3,6 Mio. Euro im Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2013 prognostiziert. Es habe sich eine Verbesserung durch Buchungsef-

fekte in den Budgets ergeben. Zudem sei mit der im September verfügbaren haushaltswirtschaftlichen Sperre ein größeres Einsparvolumen als die geplanten 1 Mio. Euro erzielt worden.

Die Steigerung bei den Kosten der Unterkunft sei mit 5,4 Mio. Euro um 136.000 Euro geringer ausgefallen als im September angenommen.

In der Haushaltsbewirtschaftung des laufenden Jahres sei allerdings eine negative Entwicklung zu verzeichnen. Im Januar hätten die Kosten der Unterkunft mit 7,99 Mio. Euro einen neuen Höchststand erreicht. Diese Zahl lasse jedoch keine Rückschlüsse auf das Gesamtjahr zu. Die SGB II-Daten kämen bekanntlich erst mit einer Nachlaufzeit von drei Monaten.

In einem Gespräch mit Herrn Ringelsiep habe man noch einmal auf die nach wie vor schlechten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt hingewiesen. Positiv sei aber die Stabilisierung der Personalsituation im Jobcenter seit Mitte 2013.

Bezugnehmend auf eine entsprechende Anfrage von Herrn Stalz im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen teilt Herr Dr. Wilk mit, dass die Kosten der Unterkunft im Januar 2014 7,79 Mio. Euro betragen hätten, im Januar 2013 7,53 Mio. Euro und im Januar 2012 7,07 Mio. Euro. Damit ergebe sich eine Steigerung von über 900.000 Euro binnen zwei Jahren bei den Januar-Werten.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften habe im Oktober 2013 – die aktuelle Januar-Zahl liege noch nicht vor – 20.426, im Januar 2013 19.877 und im Januar 2012 19.529 betragen. Der bisherige Höchststand sei im Juli 2013 mit 20.565 Bedarfsgemeinschaften verzeichnet worden. Ausgehend von zwei Personen pro Bedarfsgemeinschaft befänden sich 40.000 Menschen und damit rund 10% der Bevölkerung des Kreises in Bedarfsgemeinschaften.

Herr Dr. Wilk kündigt einen ausführlichen Bericht im Zusammenhang mit der Vorstellung des Jahresergebnisses 2013 für die Sitzung des Kreistages am 06.05.2014 an.

2. Personalentscheidungen des Kreisausschusses

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 24.02.2014 beschlossen habe, Herrn Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Norbert Hahn seinem Antrag entsprechend mit Ablauf des 30.06.2014 in den Ruhestand zu versetzen. Außerdem habe der Kreisausschuss beschlossen, Herrn Dirk Wigant zum nächstmöglichen Zeitpunkt in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in den Dienst des Kreises Unna einzustellen und ihn mit den Dienstobliegenheiten der Stelle-Nr. Dez-0110, Dezernat IV, also der Stelle von Herrn Hahn, zu betrauen.

3. Änderung der Vereinbarung über die Durchführung des Rettungsdienstes im Mittelkreis

Herr Landrat Makiolla teilt mit, die seit 1983 bestehende Vereinbarung zwischen dem Kreis und den Städten Kamen, Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen über die Durchführung des Rettungsdienstes sei dahingehend geändert worden, dass die Stadt Kamen künftig nicht nur für Bönen, sondern auch für die Stadt Bergkamen die Gebührentarife regeln dürfe. Die Bezirksregierung habe die Änderung der Vereinbarung genehmigt und ihn gebeten, den Kreistag darüber zu informieren.

gez. Michael Makiolla
Vorsitzender

gez. Silke Schmäcker
Schriftführerin